

2. Fähigkeiten zur Wahrnehmung des jeweils anderen Systems existieren nur eingeschränkt (der ostdeutsche Irrtum: die Erwartung gesamtwirtschaftlicher Vernunft – der westdeutsche Irrtum: die Erwartung der wirtschaftlichen Selbstregulierung)
3. Wahrnehmungs- oder Handlungsfähigkeit sind durch Interessenverflechtung eingeschränkt.

Dankeschön.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank. Das Wort hat Herr Dr. Matthias Artzt, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

Dr. Matthias Artzt: Meine Damen und Herren, Herr Eppelmann, recht vielen Dank für die Einladung, heute hier vortragen zu können. Meine Wahrnehmungen gehen aus jenseits von den Entscheidungszirkeln der DDR-Wirtschaft, und es ist ja sicher, daß unsere Wahrnehmungen nicht wahr sind, sondern von unseren persönlichen Situationen ausgehen, von den Wünschen und Ängsten, wir haben das ja heute gemerkt.

Nun zu den Wahrnehmungen: Die Opposition war nicht nur gekennzeichnet durch ein Grollen im Bauch, sondern es gab auch konzeptionelle Vorschläge von den verschiedensten Gruppen, die sich nicht erst 1989 konstituierten, sondern teilweise unbekannt untereinander vor der Zeit existierten. Noch vor dem 4. November 1989 legten wir, eine freie Forschungsgemeinschaft, die sich schon seit 1987 regelmäßig traf, ein Analysepapier der DDR-Wirtschaft vor, das an verschiedene Persönlichkeiten und Gruppen verteilt wurde. Zu dieser Gruppe gehörten u. a. Wolfgang Ullmann, Gerd Gebhardt, der Direktor der DDR-Volksbanken, ein Abteilungsleiter eines Unternehmens, ein Kunsthistoriker u. a. Das Konzept trug den wenig werbewirksamen Titel: „Aus der Erstarrung verwalteter Objekte im Subjektmonopolismus zur Selbstorganisation im Subjektpluralismus“. Mit fadenscheinigen Begründungen wurde eine Veröffentlichung in der „Zeitschrift für Philosophie“ erst im Mai 1990 möglich.

Ich möchte auf zehn Charakteristika der DDR-Wirtschaft und Gesellschaft aus diesem Papier eingehen.

1. Das Prinzip der Problemignoranz

Der abrechnungspflichtige Akteur im Wirtschaftsprozess war oft gleichzeitig Verantwortungsträger für die Erfolgsdurchsetzung. Aufgrund dieser strukturellen Interessenkonflikte eskalierten so in einem nichtkontrollierten Führungssystem Mißerfolge zu Flächenschäden.

Auf diese Weise entstand bei Strafe der Absetzung ein psychologisch vermittelter Zwang zur systematischen Schönfärberei. Die im Detail beginnenden Fehler und Mängel wurden auf der Entscheidungsebene nicht erkannt und konnten auf der Verursacherebene erst nach Eintritt der Katastrophe bewiesen werden.

2. Das Prinzip der „organisierten Verantwortungslosigkeit“

Verantwortung für eigenes Handeln wurde unter Berufung auf eine übergeordnete Instanz nicht mehr existentiell wahrgenommen. Verantwortung wurde nach ganz oben akkumuliert und verflüchtigte sich dort in einem Kollektiv.

Auf diese Weise verlor sich die Menge der Realverantwortung durch eine unpersönliche Hierarchisierung ins Abstrakte. Nötige Kurskorrekturen wurden erst sichtbar, als es bereits zu spät war. Niemand sah sich direkt in der Verantwortung, Korrekturen vorzunehmen, weil die sich stets als Ausführende begreifenden Akteure weigerten, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Die ganze Stasi-Diskussion um Opfer und Täter spiegelt diese verhängnisvolle Konstellation der Verdeckung und Verschleierung von Verantwortung bis heute wider.

3. Das Prinzip der Geheimhaltung

Die bisher genannte fatale Tendenz wurde durch systematische Geheimhaltung oder Unterbindung aller zur Kritik Anlaß gebenden Analysen des Realzustandes in der Wirtschaft, im Sozialen und beim Umgang mit der natürlichen Umwelt verstärkt. Tatsächlich hätte eine Offenlegung kein Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft, sondern lediglich für die Subjekte des Machtmonopols bedeutet. Die fehlende Offenlegung der Negativwirkungen führte so zu einer Fehleinschätzung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und auch der Regierung, wie ich vorhin feststellte, über die tatsächliche wirtschaftliche Lage. Auf diese Weise wurde das Ausmaß der Staatskrise der DDR erst nach Offenlegung aller Verschlusinformationen, also erst retrospektiv, sichtbar.

Hinter diesem Prinzip der Geheimhaltung steckte auch der Wunsch der SED-Führung – er ist wohl in Erfüllung gegangen –, daß sich niemand ein Gesamtbild verschaffen sollte, um so alle Mängel nur als individuelle Einzelfälle interpretieren zu können.

Herr Schürer teilt sicher meine Erkenntnis, denn er äußerte vorhin, daß er auch erst nach der Wende gesehen hat, was eigentlich los war.

4. Das Gefügigkeitsprinzip

Entscheidungsträger wurden nicht nach dem Kompetenzprinzip, sondern nach dem Gefügigkeitsprinzip ausgewählt. Auf diese Weise war Sachkompetenz nach oben systematisch verdünnt. Fehlende Sachkompetenz wurde meist durch nicht hinterfragbare Verfügungsgewalt verdeckt. Dies führte zu einer negativen Auslese.

5. Innovation als Störfaktor

Verhalten, wie Engagement und Kreativität, das sich nicht aus dem Gefügigkeitsprinzip ableiten ließ, wie es Herr Döring beschrieben hat, mit MMM usw. also „Meister der Messe von Morgen“, und die vorgegebenen Normen beachtete, wurde als Störfaktor behindert und sogar bekämpft. Dies geschah aus dem

Grunde, weil Innovationen, dort wo wirkliche Innovation gefragt waren, das Regime in Frage gestellt hätten.

6. Das Nivellierungsprinzip

Überdurchschnittliche, auf hervorragenden Fähigkeiten beruhende individuelle Leistungen ließen keine vom Durchschnitt abweichende Bedürfnisbefriedigung erwarten. Im Gegenteil, bei unter dem Durchschnitt liegenden Leistungen wurde immer noch eine fast durchschnittliche Bedürfnisbefriedigung des unterdurchschnittlich Handelnden erreicht. Dies galt für alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. So wurde statt einer maximalen Leistungsstimulation ein gerade noch erzwingbares Leistungsminimum erreicht. Sprüche wie: „Jeder liefert jedem Qualität“ sollten die fehlenden Marktkräfte durch Bewußtseinsbildung ersetzen, was nie und nirgends gelang.

7. Das Prinzip der Stagnation

Vergleichbar zur Nivellierung der persönlichen Fähigkeiten wurden auch die wirtschaftlichen Erfolge und Mißerfolge der Unternehmen nivelliert. Überschüsse aus effektiv wirtschaftenden Betrieben wurden in Verlustbetriebe umverteilt. Dadurch wurde das mittlere Effizienzniveau nicht durch die Spitzenleistungen nach oben gezwungen (bei Strafe der Eliminierung der Schlußlichter), sondern von den Defizitbereichen mit einem Buchhaltersystem statt einem echten Kreditsystem nach unten gedrückt. Die Folge war im günstigsten Fall – Stagnation.

8. Das Raubbauprinzip

Die Zukunftssicherung wurde de facto von einem Raubbauprinzip überwuchert. Kurzsichtige ökonomische Interessen haben zum Zweck der rasch wirksamen populistischen Ablenkung von Widersprüchen Entscheidungsvorrang gehabt. Infolgedessen wurde der Wertegrundstock der Gesellschaft, der über Jahrhunderte sich entwickelt hatte, systematisch aufgezehrt. Noch heute sind die Umweltschäden bei Wismut, Chemie und Braunkohle unübersehbar. Dies ist auch für Kulturgüter wie selbstverantwortliches Handeln sichtbar. Uns braucht es heute nicht zu wundern, wenn eben gerade dieses selbstverantwortliche Handeln in dieser Zeit verloren gegangen ist. Herr Professor Schmidt konnte in diesem Werteverlust heute früh in abenteuerlicherweise ein „revolutionäres Prinzip“ erkennen, so daß er darin sogar eine Oppositionshaltung wahrnahm.

9. Das Prinzip der Festpreise

Für Grundbedarfsleistungen wurde ein verschwendungs- und verschleißförderndes Festpreissystem ohne Verbrauchsobergrenzen und ohne Aufwandsorientierung eingeführt. Es hatte keine entwicklungsstimulierende Wirkung. So führten zum Beispiel die langfristig niedrigen Mieten zum Ausbleiben der Sorge für die Substanzerhaltung. Im Ergebnis war nach einer Generation die Bausubstanz zerfallen. Es gab auch kein materielles Interesse, unterbelegte subventionierte Wohnungen bei fehlendem Bedarf aufzugeben.

10. Das Weihnachtsmannprinzip

Massenhafte illegale Privatisierung gesellschaftlicher Fonds (Material, Arbeitszeit, Nutzung von Produktionsmitteln und Grundstücken) waren verbunden mit dem Mißbrauch von Verfügungsgewalt und Korruption. Dies führte zu einer Schattenwirtschaft mit entsprechenden Gütern, begleitet von erpressungsfähigen Machtstrukturen und Spekulationen. Hier entfalteten sich die zu Objekten degradierten Akteure, hier entwickelten sie Kreativität und Innovation bei der Durchsetzung individueller Interessen.

Soweit die damalige Analyse. Diagnose- und Therapieüberlegungen setzten bei diesen Gegebenheiten an.

Im Herbst 1989 herrschte in der gesamten Opposition Übereinstimmung darin, daß die Wirtschaft des real existierenden Sozialismus versagt hatte und marktwirtschaftliche Elemente eingeführt werden mußten. Man zauderte zugegebenermaßen zwar vielerorts noch mit dem Begriff Marktwirtschaft, aber man betrachtete den Markt als unerläßlichen Regulator.

Auf der Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums am 25./26. November 1989 wurde über die Einführung der Marktwirtschaft rege diskutiert, manche nannten es auch Marktwirtschaft im Sozialismus, so in einem Papier von „Demokratie Jetzt“.

Fazit: Bereits im Herbst 1989 plädierten alle Gruppen und Parteien für die Eigenständigkeit der Betriebe und Genossenschaften. Diese sollten nun ihre Mittel allein bewirtschaften und ihre Produkte selber vermarkten, so daß ein Leistungsdruck entstehen konnte. Die politischen Kräfte des Herbstes 1989 setzten sich für eine Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen der restriktiven Steuerpolitik ein, die eine freie Entfaltung von privaten und genossenschaftlichen Gewerbebetrieben behinderten.

Einstimmig gefordert wurde auch die Entflechtung der Kombinate. Das galt ebenso für den Handel mit dem Ausland: Dem staatlichen Außenhandelsmonopol sollte ein Ende gesetzt und der Außenhandel dem Unternehmen selbst überlassen werden. Herr Schmutzler hat heute früh die Probleme des Außenhandels ja sehr treffend dargelegt. Die Betriebe sollten sich an der inländischen Bedarfsstruktur und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren und damit die DDR-Wirtschaft schrittweise in die internationale Arbeitsteilung führen. Die Opposition war sich auch darüber einig, daß eine neue Preis- und Subventionspolitik notwendig war. Diese Reform wurde nach der Maueröffnung am 9. November 1989 verstärkt gefordert, da der Wirtschaft der DDR ein Ausverkauf drohte.

Das subventionierte Angebot (Brötchen, Bockwurst, Mieten usw.) stand nun EG-weit zur Verfügung, obwohl die Subventionen, so hieß es damals, von den DDR-Bürgern erarbeitet wurden.

Befürwortet wurde echte Ware-Geldbeziehung: Die Güter seien zu kostendeckenden Preisen zu verkaufen. Es wurde auch darüber diskutiert, daß ein Ar-

beitsmarkt entstehen solle. Die Existenz eines festen Arbeitsplatzes wurde zum großen Teil verworfen, selbst wenn dies nicht ausdrücklich in den programmatischen Texten vorkommt. Die Ausmaße möglicher Arbeitslosigkeit wurden meines Wissens im November 1989 noch nicht gesehen.

Eine größere Mobilität der Arbeitskräfte sei nötig, und die Löhne sollten nach dem westlichen Modell durch Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und unabhängigen Gewerkschaften ausgehandelt werden. Es war auch immer davon die Rede, daß die DDR-Mark so schnell wie möglich schrittweise (nach Erfahrungen des Saarlandes oder der EU) konvertibel gemacht werden sollte. Über einen Kurs zwischen 1:2 und 1:3 wurde diskutiert.

Hieraus wird ersichtlich, die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente stellte innerhalb der Opposition keinen Streitpunkt dar. Unterschiedlich war die Diskussion um die Beibehaltung sozialistischer Prinzipien, so z. B. der Rolle von Eigentum an Grund und Boden.

Die Idee einer Vergesellschaftung des Eigentums versus Privatisierung war ein Kernpunkt der Diskussion. Auf der bereits erwähnten Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums forderte das Neue Forum: „Das Staatseigentum muß in eigenverantwortlich und ökonomisch selbständig arbeitendes gesellschaftliches Eigentum der Betriebe überführt werden.“ Das war im November.

Rückblick:

Aus heutiger Sicht stellten die Diskussionen um eine sozialistische Marktwirtschaft und die Fortführung der Vergesellschaftung von Grund und Boden keine realen Optionen dar. Sie liefen an der wirklichen Entwicklung, an den Machtkonstellationen in der Bundesrepublik vorbei.

Während einer Veranstaltung der Berliner Sparkasse im Januar 1990 berichtete Rüdiger Pohl, daß die Wirtschaftsweisen mit dem Kanzler über alle wirtschaftlichen Risiken gesprochen haben, die mit diesem schnellen Anschluß der DDR-Wirtschaft durch die Währungsunion verbunden sind.

Stichworte waren: Kreditwürdigkeit der Betriebe, Absatzchancen, Arbeitslosigkeit, Zahlungsfähigkeit und Schulden. Hinzuzufügen war lediglich, daß auch wir erkannt hatten, daß eine vierfache Aufwertung der Ostwährung 70 % der Produkte vom Markt blasen würde und eine eigenständige Entwicklung oder Erholung sofort, ja über Nacht erstickt werden würde.

Die Entscheidung war politisch motiviert. Dies wurde von allen Seiten offen ausgesprochen. Ein historisches Fenster war für kurze Zeit für eine Deutsche Einheit geöffnet. Es gibt nur sehr wenige Kritiker, die heute noch die prinzipielle Richtigkeit dieser Entscheidung bezweifeln. Doch wurde das außenpolitische Fenster m.E. unzulässig mit der Notwendigkeit einer Währungsunion verbunden.

Spätestens als Modrow mit seinen Oppositions-Ministern am 7. Februar 1990 unverrichteter Dinge aus Bonn zurückkehrte, waren die Entscheidungen in

Richtung Deutscher Einheit für alle sichtbar gefallen. Es war nun klar: ein rascher Anschluß der DDR an die Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes steht bevor, der keine alternativen Handlungsspielräume mehr zuließ.

Die zu diskutierenden Themen waren schlagartig andere: Wirtschaftlich wurde nun stärker die neoliberale Variante (Schocktherapie) diskutiert, und politisch ging es um eine rasche Einführung des Grundgesetzes und gesamtdeutsche Wahlen.

Ich kann hier und heute nicht über die breite Palette der sich damals ergebenden Fragen sprechen. Deshalb möchte ich zwei herausgreifen, die nun als wichtig angesehen wurden. Es waren zunächst die Eigentumsfrage und später die Fragen nach den Altschulden und der Arbeitslosigkeit.

Am 7. Februar kam Modrow also mit seinen Ministern ohne Geschäftsbereich aus Bonn zurück. Am darauffolgenden Montag, dem 12. Februar, reichte Wolfgang Ullmann für Demokratie Jetzt am Runden Tisch einen Vorschlag des bereits erwähnten freien Forschungskollegiums zur Bildung einer Treuhandgesellschaft ein.

Ich zitiere aus dieser Vorlage:

„Offenbar ist statt einer deutschen Fusionslösung eine baldige Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich geworden. [...]

Durch die sofortige Schaffung einer Kapital-Holding-Treuhandgesellschaft als neues Rechtssubjekt würde dafür Sorge getragen werden, daß das in Volksbesitz befindliche Eigentum – soweit es sich als demokratisch-legitimiert bzw. durch Kriegsergebnisse zustande gekommen erweisen wird – in der DDR nicht herrenlos wird und einfach verloren geht (an wen mit welcher Berechtigung?).

Ich zitiere weiter:

„Die Verlustgefahr resultiert daraus, weil die Rechtskonstruktion Volkseigentum nicht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, dessen Geltungsbereich ja vermutlich auf das Territorium der DDR ausgedehnt werden wird, enthalten ist. Deshalb muß umgehend das Volkseigentum in eine Form transformiert werden, die den Rechts- und Eigentumsformen der Bundesrepublik entspricht“.

Dies war der Kerngedanke für die Bildung der Treuhandanstalt. In der Folgezeit wird die Eigentumsfrage, also das Grundanliegen, ausgeklammert, sowohl von der Modrow-Regierung als auch durch das zweite Treuhandgesetz der de Maizière-Regierung vom 17. Mai 1990.

Verdrängt wurde auch die nötige Vermögensbildungspolitik, die für die Einführung der Marktwirtschaft von großer Bedeutung war und immer noch ist.

Im Gegenteil: Im Mai 1990 schreibt Stefan Baron im Leitartikel der Wirtschaftswoche über den 1. Staatsvertrag:

„Des Pudels Kern allerdings besteht aus ganzen vier Zeilen. „Das volkseigene Vermögen“, heißt es in Artikel 26, Abs. 4, Satz 2 lapidar, „ist vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushaltes in der DDR zu nutzen.“

Der in der Öffentlichkeit weithin unbeachtet gebliebene Passus ist der weitaus wichtigste des ganzen Vertrages – viel wichtiger noch als selbst der viel diskutierte Umtauschkurs: Artikel 26, Abs. 4 legt fest, wer die Kosten der Einheit trägt.

Die Bundesbürger können erleichtert aufatmen. Höhere Zinsen, Steuern und Inflationsraten sind nun nicht mehr zu befürchten. Die DDR bezahlt die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland weitgehend (selbst), wenn nicht völlig aus der eigenen Tasche.

Und weiter heißt es, ich wollte es eigentlich jetzt nicht zitieren, aber auf Grund Ihrer Bemerkung würde ich das als Diskussionsbeitrag hier noch hinzufügen: „Der Wert des volkseigenen Vermögens, also vor allem der Betriebe des Landes, wird auf 500 Milliarden DM geschätzt. Mindestens noch einmal soviel sollen die zu den Betrieben gehörigen Grundstücke wert sein.

Dieses Riesen-Vermögen, das sich natürlich nicht von heute auf morgen realisieren läßt, muß die DDR nun in die Finanzierung der Deutschen Einheit einbringen.

Obwohl es theoretisch dem Volk gehört und pro Kopf rund 60.000 DM ausmacht, soll das Vermögen nicht verteilt, sondern vornehmlich an Investoren aus der Bundesrepublik verkauft werden“.

Meine Damen und Herren, aus heutiger Sicht erübrigt sich jeder Kommentar. Hier wird unabhängig von der Richtigkeit der Baronschen Hypothese, die eine breite Diskussion widerspiegelt, das Versagen in der Vermögensbildungspolitik deutlich, denn die Vermögensbildungspolitik muß mitgedacht werden, wenn es um die Transformation von einer Plan- in eine Marktwirtschaft geht.

Betrachten wir z. B. die Vermögensverteilung in Baden-Württemberg, die in vielen Generationen entstanden ist und wodurch breitgefächerte unternehmerische Initiativen in der Bevölkerung möglich sind, diese Voraussetzungen waren in der damaligen DDR nicht gegeben.

Insofern hat die Eigentumpolitik die Startpositionen für die Menschen in Ostdeutschland nicht erleichtert. Das heißt aber nicht, daß dadurch die Grundzüge des Einigungsprozesses gefährdet gewesen wären.

Weitere Themen, ich will jetzt ein bißchen kürzen, die frühzeitig diskutiert wurden, sind die Altschulden und die Arbeitslosigkeit. Zum Schluß bleibt nur noch die Frage: Gab es reale Alternativen?

Die realen Bedürfnisse der Ostdeutschen zu Weihnachten 1989 lassen sich m.E. – wenn auch etwas lax – in drei oder vier Wünschen zusammenfassen:

1. Einmal in die Alpen oder nach Mallorca,
2. statt Trabi und Wartburg einen gut erhaltenen Opel oder VW fahren,
3. einen CD-Player und Videorecorder sein eigen nennen und
4. eine gefegte Fabrik, bunte Reklame in den Straßen und gestrichene Häuser.

Dies waren die wichtigsten materiellen Träume der DDR-Bürger 1989 zu Weihnachten.

Das Pöhl-Modell wollte auf eine Währungsunion 1:1 verzichten, die ja einer Aufwertung der Ostmark auf 440 % bedeutete. Die diskutierte Alternative war eine konvertible DDR-Mark mit einer allmählichen Kursangleichung, so hätte der Binnenmarkt und ein Großteil der Wirtschaft weiter existieren können.

Mit einem Startumtausch hätten die vier Wünsche vielleicht erfüllt werden können. Und die Anhebung des Lebensstandards wäre danach durch eine allmähliche Währungsangleichung vollzogen worden.

Ich kann nicht beurteilen, ob es wirklich eine reale Alternative gegeben hat. Ich bin mir soweit sicher, daß für einige Fragen, wie Eigentum, Altschulden, aber auch den Verwaltungsaufbau andere Lösungen bestanden haben, die zu einer schnelleren selbsttragenden Entwicklung beigetragen hätten.

Ich bin mir in einem jedoch ziemlich sicher: Was wir an Wandel in Ostdeutschland erlebt haben und erleben, ist wie ein kleiner Laborversuch zu dem, was uns angesichts der Globalisierungserfordernisse weltweit an Transformation in Ost und West, Nord und Süd noch bevorsteht. Auch hier werden wieder die gleichen Fragen gestellt: nach Eigentumsrechten, Schulden, Innovationen, Regionalisierungen der Wertschöpfung und Solidarität.

Auch hier besteht die Gefahr, daß viele Menschen noch stärker in eine „Schattengesellschaft“ abgedrängt werden, wenn entsprechende Antworten ausbleiben. Dies gebe ich zu bedenken, wenn die heutige Anhörung zukunftsweisend sein soll. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich danke Ihnen. Herr Dr. Buck bitte.

Dr. Hannsjörg F. Buck: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich kehre als letzter Referent dieser Runde zu dem von Frau Dr. Cornelsen eingeleiteten Thema zurück und zwar zur Wahrnehmung der DDR-Wirtschaft in der westdeutschen DDR-Wirtschaftsforschung. Doch zunächst möchte ich eine Bemerkungen zu meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit und meinem wissenschaftlichen Werdegang machen.

Ich bin 1978 in das Gesamtdeutsche Institut als wissenschaftlicher Referent eingetreten und habe 1982 die Leitung des in der Abt. 2 befindlichen Referates für Wirtschaft, Sozialwesen, Finanzen und Umwelt übernommen. In den 70er Jahren habe ich Forschungsaufträge der Deutschen Forschungsgemeinschaft